Dr. Alfred Schwoner

Wie Österreich vor Bankerott und Hungertod zu retten ist!

Offener Brief an den Obersten Rat in Paris

N. Vernay, Druckerei- und Verlags-Akt.-Ges., Wien IX/4.

Digitized by the Internet Archive
in 2017 with funding from
University of Illinois Urbana-Champaign Alternates

https://archive.org/details/wieosterreichvor00schw

330.9436
Schlw

II D22 a.T.

An Euch, Ihr Herren aus Amerika, Frankreich, England und Italien, die Ihr aus der Macht das Recht abgeleitet habt, von Paris aus über die ganze Welt zu richten und ihre Geschicke zu leiten, wende ich mich mit meiner Bitte und meiner Mahnung. Unsere offiziellen Vertreter in Saint-Germain habt Ihr nicht gehört, Ihr zitiertet sie nur ad verbum audiendum, mündlicher Verhandlungen wurden sie nicht gewürdigt, ihre schriftlichen Einwendungen kalt lächelnd abgelehnt. Ihr wußtet ja ohnehin schon alles, Ihr waret durch Euere Interessen und die Einflüsterungen unserer intimsten Feinde ohnehin — ach so trefflich! — über uns informiert. Die zahllosen telegraphischen Notsignale unserer Regierung habt Ihr unbeachtet gelassen. Vielleicht werdet Ihr mich eher hören. Es ist ein Nichtzünftiger, der zu Euch spricht, ein Unbeamteter, ein ganz gewöhnlicher Deutschösterreicher, ein simples Schreiberlein. Aber dafür jemand, der sich um die Schranken der diplomatischen Höflichkeit nicht zu kümmern braucht, der frei von der Leber weg redet, ein Mensch zu Menschen.

Ich wende mich nicht an die Wiedergutmachungskommission, noch an die Subkommission, die gegenwärtig in Wien weilt und die Ausführung des Friedensvertrages überwachen soll. Denn wenn ihre Mitglieder auch erfüllt wären von dem Geiste der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit und wenn sie auch die Weite des Blickes und die Großzügigkeit hätten, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich sind, so haben sie doch wahrscheinlich nicht den Einfluß und die Macht, ihre Ansichten zum Durchbruch zu bringen. Sie haben auch nicht die volle Verantwortlichkeit. Wir haben es schon einmal gebüßt, daß wir die Bedeutung Eurer Wiener Vertreter überschätzten. Es war damals, als Herr Allizé uns versicherte, daß wir in Saint-Germain freundschaftlich behandelt wer-

General 11020 St. 25

p44044

den und einen guten Frieden bekommen würden, und als wir uns im Vertrauen auf diese Versicherungen nicht an Formalitäten stoßen wollten und unsere Vertreter nach Saint-Germain schickten, obzwar die Einladung nicht an Deutschösterreich erging, sondern an den Staat Österreich, der damals nicht mehr existierte und der wir jedenfalls nicht waren. Und nur, weil wir die Einladung annahmen, konnte man Deutschösterreich als Österreich behandeln.

Ich weiß nicht, Ihr Richter der Welt, ob es Euch schon klar ist, was Ihr tatet, da Ihr Deutschösterreich diesen Frieden auferlegtet und es künstlich zum Sündenbock machtet für die ehemalige österreichisch-ungarische Monarchie. Es geht mich hier nichts an, ob der Friede mit Deutschland den Waffenstillstandsbedingungen, den 14 Punkten Wilsons, entsprach. Aber die österreichisch-ungarische Monarchie existierte nach dem Waffenstillstand nicht mehr. Auf ihrem Boden gab es keinen Feind der Entente mehr. Die Deutschösterreicher waren nicht weniger und nicht mehr Feinde der Entente als die Tschechen, Polen, Jugoslawen und Magyaren. Entweder mußten sie alle zusammen den gewesenen Feind supplieren oder keiner von ihnen. Die Deutschösterreicher hatten sich während des Krieges von den anderen Nationen nur insoweit unterschieden, daß sie loyaler waren als diese, daß sie ihre Pflicht als Staatsbürger getreuer erfüllten, solange der Staat bestand. War dies ein Verbrechen, kann ihnen dies von Euch als ein Verbrechen angerechnet werden, die Ihr doch in Euren eigenen Reihen die Defaitisten so unerbittlich verfolgtet und die Verräter verachtetet? Nach dem Zusammenbruch des Gesamtstaates bildeten sie einen neuen Staat, der mit dem früheren nicht mehr zu tun hatte als die anderen neugebildeten Nationalstaaten. Und doch versagtet Ihr Deutschösterreich allein, das durch den Krieg mehr gelitten hatte als die anderen Nationen, teils eben wegen seiner Loyalität, teils wegen seines industriellen und von der Landwirtschaft der anderen abhängigen Charakters das Recht der Selbstbestimmung, das Recht sich so zu begrenzen und zu konstituieren, daß es wieder neue Lebensfähigkeit erlangte! Und doch belastet Ihr diesen kleinen Staat mit der gesamten Kriegsschuld Österreichs, die für die Gesamtheit seiner Nationen erdrückend gewesen wäre, und bürdetet seinen Schultern allein die Pflicht der Kriegsentschädigung für die ganze Monarchie auf! Im gegenwärtigen Augenblick frei-

lich eine imaginäre Verpflichtung, weil sie nicht erfüllt werden kann, aber doch eine Last, die drückt und handlungsunfähig macht. Ihr zwanget Deutschösterreich zu einer „Unabhängigkeit", die es nicht wollte, und die nur erzwungene Isolierung bedeutet, die in Wahrheit nur „Abhängigkeit" von Euch bedeutet.

Die Wirkungen dieses Friedens sind bereits in Erscheinung getreten. Die deutschösterreichische Valuta ist an den Auslandsbörsen fast auf den Nullpunkt gesunken. Deutschösterreich kann im Auslande nichts bezahlen, es kann die Lebensmittel und Rohstoffe nicht kaufen, die es zu seiner Ernährung und zur Wiederaufnahme der Arbeit unbedingt braucht. Sein Volksvermögen reicht angesichts dieses Valutastandes nicht aus zur Bezahlung seiner auswärtigen Schulden. Im Inneren stockt jeden Augenblick der Verkehr, es stockt die Kohlenversorgung, es stockt die Approvisionierung. Eine Weile noch, und das Leben wird völlig erstarren. Es ist mehr als ein Jahr seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vergangen, fast sechs Monate sind seit dem Abschluß der Friedensverhandlungen ins Land gezogen, und die Stadt Wien, die Stätte einer alten liebenswürdigen Kultur, geht dem Hunger- und Kältetode entgegen. Ist dies nicht eine Schmach für die Welt, ist es nicht ein Verbrechen? Ihr werdet sagen: „Es ist nicht unsere Schuld, die Blockade ist aufgehoben, wir blockieren Wien nicht." Jawohl, Ihr blockiert Wien. Ihr habt durch den Friedensvertrag Wien unfähig gemacht, sich selbst zu helfen, und nun überlaßt Ihr es seinem Schicksal. Ihr tut nichts, um es zu retten, abgesehen von gelegentlichen unzureichenden demütigenden Almosen. Den Gegenwert für diese Almosen bringt Ihr reichlich herein, indem Eure Emissäre und Eure Kapitalisten den Tiefstand der deutschösterreichischen Valuta dazu benützen, um alle wertvollen Güter in Deutschösterreich billig an sich zu bringen. Wie nach der Schlacht am Weißen Berge in Böhmen wird jetzt in Deutschösterreich gewirtschaftet, um den nationalen Besitz in die Hände der Sieger zu bringen. Nur daß die Mittel der Enteignung nicht „Schafott" und „Konfiskation" heißen, sondern „Valuta", „Hunger" und zum Teil „Wiedergutmachung". Ja, es ist in Deutschösterreich vieles „wiedergutzumachen", es ist vor allem das ärgste Unrecht dieses Friedens wiedergutzumachen, wenn dieser Friede irgend-

wie Bestand haben soll. Schleunigste großzügigste Hilfe ist vonnöten. Deutschösterreich muß als das Zentrum des Weltelends erkannt werden, vor Belgien und Nordfrankreich, die bereits auf dem Wege einer gut organisierten Erholung begriffen sind, es muß dem Wiederaufbau Deutschösterreichs eine bevorzugte Stellung eingeräumt, die erforderlichen Mittel müssen von der Kulturwelt aufgebracht werden. Ihr aber, statt zu helfen, stößt Euch an Kleinigkeiten. Ihr habt kein „Vertrauen" zu unserer Regierung und zu unserem Wirtschaftssystem, Ihr beschwert Euch über Verletzung gewisser diplomatischer Höflichkeiten durch unsere Regierung. Ja, wie sollen wir Euch denn Vertrauen einflößen? Wie soll denn eine Regierung, die nicht die Macht hat, ihren Bürgern das nackte Leben zu ermöglichen, Autorität im Staate haben? Wie soll sie auf die Länder wirken, wie die Arbeiter im Zaume halten können? Ihr selbst wißt, wie schwer die Arbeiter derzeit zu behandeln sind, wie schwer die sozialen Probleme sich derzeit gestalten. Und die sozialdemokratische Regierung eines nicht nur besiegten, sondern auch geknebelten und aktionsunfähigen Staates soll den Arbeitern, die sie gewählt haben und denen sie meritorisch nichts bieten kann, allerlei politische, vielleicht an sich nicht zu rechtfertigende Konzessionen verweigern, sie soll imstande sein, als erste und einzige das Problem zu lösen? Ist es nicht genug, daß es uns bisher gelungen ist, im Gegensatze zu Rußland, Ungarn und auch in Deutschland, in Ruhe und ohne Blutvergießen über diese trostlose und traurige Zeit hinwegzukommen? Sollte nicht dieser Umstand schon allein Euer Vertrauen erwecken? Kommt uns zu Hilfe, stellt die Bedingungen, die die Sicherheit Eures Kapitals erfordert, nicht mehr, nicht weniger, ohne politischen Wucher zu treiben, und Ihr werdet sehen, wie unsere Regierung an Autorität gewinnen wird und wie zuverlässig unser Volk ist.

Es gibt einen Weg zu unserer Rettung. Er ist einfach, er kostet Euch nicht viel, er macht sich sogar bezahlt. Aber er muß schnell gegangen werden. Jede Woche, um die das Rettungswerk verzögert wird, erhöht die Kosten, erschwert die Ausführung. Mit kleinen Mitteln, mit temporären Unterstützungen ist nichts zu machen.

Diesen Plan der Rettung, den ich bereits in einer Wiener Zeitung („Neuer Tag“ vom 1., 2. und 3. Oktober) und in der Österreichischen Politischen Gesellschaft dargelegt habe, ohne auf Widerspruch oder gar auf Widerlegung zu stoßen, und der, wie mir immer deutlicher wird, der einzige mögliche Rettungsweg ist, den ausländischen Machthabern, deren aktive Mitwirkung er verlangt, zu Gehör zu bringen und seine rasche Ausführung zu bewerkstelligen, ist der Zweck dieser Schrift.

* * *

Diagnose unseres Elends.

Bevor ich zur Darstellung meines Vorschlages schreite, muß ich doch wenigstens eine kurze zusammenfassende Diagnose der komplizierten Krankheiten unseres Wirtschaftslebens versuchen, insbesondere um klar zu machen, daß wir auf normalem Wege und durch eigene Kraft nicht gerettet werden können, auch nicht durch Maßnahmen, die vielfach noch als zu radikal gelten.

Es seien zunächst die wichtigsten Krankheitsherde und -symptome konstatiert:

1. Der völlig zerrüttete Staatshaushalt. Alle Staaten, die am Kriege teilgenommen haben, mit Ausnahme etwa der Vereinigten Staaten, werden die allergrößte Mühe haben, ihre Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Aber die siegreichen Staaten haben wenigstens ihr Wirtschaftsgebiet vergrößert und rechnen auf die deutsche Kriegsentschädigung. Von den unterlegenen Staaten ist schon Deutschland in einer fürchterlichen Position. Sein Wirtschaftsgebiet ist verkleinert, sein Vermögen im Auslande zum größten Teil verloren, außer den eigenen Kriegskosten hat es noch eine ungeheure Kriegsentschädigung zu bezahlen, und ist nicht völlig frei in seinen Dispositionen für den Wiederaufbau. Zwar hat es eine ungeheure Lebenskraft, und alle Welt glaubt, daß es sich herausarbeiten wird. Dennoch sieht kein Mensch heute noch den Weg, auf dem das Gleichgewicht im Budget wieder hergestellt werden kann. Eine gewaltige Vermögensabgabe ist bereits fixiert; soviel man aber sieht, wird ihr Ertrag nur hinreichen, einen Teil der schwebenden Schuld zu decken; noch gibt es ein ungeheures kaum zu stopfendes Loch im Budget, wobei nicht zu vergessen ist, daß noch nicht einmal ein Bruchteil der Kriegsentschädigung in das Budget eingestellt ist. Wie soll man unter solchen Umständen hoffen, daß Deutschösterreich staatsfinanziell gesunden soll? Hat doch das alte Österreich unter allen Staaten im Kriege am verschwenderischesten gewirtschaftet, relativ die größte Kriegsschuld

kontrahiert. Nun kam der Zerfall des Reiches und seiner Wirtschaftseinheit, der die Wirtschaftskraft jedes Gliedes geschwächt hat, in ganz besonderem Maße aber die des früheren, am meisten nach den Bedürfnissen des Ganzen organisierten und daher zum Einzelleben am wenigsten befähigten Nervenzentrums. Und nun hat man hat man diesem am meisten geschädigten zentralen Teil nicht die proportionelle Quote der für die Gesamtheit kaum erträglichen Kriegsschuld, sondern wenigstens das Zwei-, wahrscheinlich aber das Dreifache derselben aufgebürdet. Gar nicht zu reden von der Kriegsentschädigung, die vorläufig allerdings nur zu einem ganz minimalen Teil aktuell ist, aber doch wie ein schwerer Alp auf unserer Zukunft liegt; denn, wenn es uns gelingen sollte, uns herauszuarbeiten, so hätten wir dies nicht für uns getan, sondern für die Entente, die dann ihre Ansprüche zu stellen nicht verfehlen wird. Überdies bringt unsere Zahlungsunfähigkeit uns ganz unter die Kontrolle der Entente, ohne die wir keinen Schritt machen können. Vor allem bedarf jeder Finanzplan der Genehmigung der Reparationskommission. Denn die Entente hat das Recht, auf alle unsere Hilfsquellen und Einkünfte zu greifen, eingeschlossen diejenigen, die für den Dienst unserer inneren Schulden bestimmt sind. Wir können daher unmöglich zu einer die Volkswirtschaft belastenden Vermögensabgabe schreiten, wenn die Reparationskommission uns nicht vorher die bindende Zusicherung gibt, daß sie deren Ergebnis nicht für Entschädigungen in Anspruch nehmen, sondern es uns für unsere Zwecke belassen wird. Diese Abhängigkeit und noch mehr diese Unsicherheit, die Unbestimmtheit des Friedensvertrages in verschiedenen Fragen von ungeheurer ökonomischer und staatsfinanzieller Bedeutung erschwert natürlich jeden Schritt, lähmt unsere Entschlußkraft, verlangsamt das Tempo. Dazu kommt noch, daß die Entwertung des Geldes, die Teuerung aller Lebensmittel, die das Durchschnittseinkommen weit übersteigt, den Staat zu Hilfsaktionen nötigt, die ihm noch jetzt und für die nächste Zukunft Lasten auferlegen, die hinter unserem proportionellen Anteil an den Kriegskosten kaum zurückstehen; sie allein begründen ein jährliches Defizit von wenigstens drei Milliarden.

Wenn also für Deutschland die Vermögensabgabe noch keine Sanierung bedeutet, wie sollten wir hoffen, bei relativ wesentlich größeren Lasten und wesentlich geringerem Vermögen sowie wesentlich größeren Übergangsschwierigkeiten unseren Haushalt jemals wieder aktiv, unseren Staat zahlungsfähig machen zu können? Erklärt er aber seine Zahlungsunfähigkeit, macht er Bankerott, so bedeutet das nicht nur die wirtschaftliche Vernichtung der Staatsgläubiger, die einen ungeheuren Teil der Bevölkerung repräsentieren, und deren Insolvenz wieder lawinenartig

weiterwirken muß, bedeutet nicht nur die Vernichtung des inneren Kredits und damit die Unmöglichkeit, die Aushilfen an die Bevölkerung, die Gehalte an die Beamten zu bezahlen, bedeutet nicht nur Verarmung, Verzweiflung, Hunger, Elend, zahlreiche Selbstmorde, private und wahrscheinlich auch politische Katastrophen, sondern der Staat bringt sich auch um die Möglichkeit jedes ausländischen Kredits, die Lebensmittel und Rohstoffe, die wir brauchen, können nicht importiert werden. Und wozu dies alles? Wenn dann, nach der Katastrophe, wieder ein neues, wenn auch schwächeres und weniger zahlreiches Leben aus den Ruinen zu blühen beginnt, dann wird die Reparationskommission kommen und erklären: „Eurer Schulden seid Ihr jetzt ledig. Eure Wirtschaft ist schwach, aber gesund. Was Ihr an Überschüssen produziert, das kommt auf das Entschädigungskonto."

2. Unsere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande. Wir sind unter allen Staaten derjenige, der am wenigsten von seinen Bedürfnissen selbst produziert und produzieren kann. Dies ist zum größten Teil eine Folge der Zerstörung des früheren Gesamtorganismus, zum andern Teile eine Folge der Aufzehrung sämtlicher Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen während des Krieges. Wir können mit unseren eigenen Mitteln weder leben noch mit ihnen produzieren. Wir brauchen zur Fristung unseres Lebens und zum Beginn der produktiven Arbeit ungeheure Mengen von Waren aus dem Ausland, die bei den heutigen Valutakursen einen Wert von vielen Milliarden Kronen repräsentieren. Wir können sie nicht bezahlen, weder in Geld, weil dieses vom Ausland nicht genommen wird, noch in Waren, da wir solche nicht haben noch produzieren. Wir können sie nur bezahlen entweder mit unseren Kapitalsgütern, indem wir Grund und Boden, Fabriken, Unternehmungen, Aktien an das Ausland verkaufen, oder mit Hilfe ausländischer Kredite. Die in Betracht kommenden Summen sind bei den in ausländischer Währung verhältnismäßig geringen Preisen so groß, daß der Verkauf unseres ganzen Kapitalsbesitzes wahrscheinlich nicht genügen dürfte, um unseren Importbedarf für ein Jahr zu bezahlen. Ebenso riesig müßten die Kredite sein, in unserem Gelde gerechnet, während in ausländischem Gelde die Ziffern verhältnismäßig weniger erschreckend klingen. In beiden Fällen droht uns die Gefahr, daß unser ganzes Volkskapital durch Verkauf oder Verpfändung an das Ausland übergeht und damit der ganze Kapitalszins und Unternehmergewinn, so daß wir nur mehr in ausländischer Schuldknechtschaft arbeiten würden. Natürlich ist die Verpfändung dem Verkauf noch vorzuziehen, aber das Ausland will dem Staat die erforderlichen Kredite nicht geben, zumal es ein Problem erscheint, wie neben den inländischen Staatsschulden auch noch diese

ausländischen verzinst und amortisiert werden sollen. Das Schlimmste ist natürlich der derzeitige regellose Verkauf, bei dem unsere wertvollsten Aktiva verschleudert werden, für unseren Nahrungsbedarf von heute, vielfach sogar von gestern.

3. Die Entwertung des Geldes. Auch dieser Übelstand, namentlich die Entwertung unseres Geldes gegenüber dem ausländischen, ist größer als bei irgend einem Staate. Diese Entwertung kommt nicht als ein besonderer Faktor in Betracht, sondern sie spielt eine entscheidende Rolle, sowohl bei der schlechten Lage unserer Staatsfinanzen als bei den ungeheuren Kosten unserer Importe. Und es ist eine sehr wichtige Frage, ob wir uns eher helfen können, wenn das Geld entwertet bleibt oder wenn es wieder auf einen höheren Wert gebracht werden kann. In mancher Beziehung ist die Beibehaltung der Entwertung für uns vorteilhaft, in mancher Beziehung ist sie unerträglich. Es ist nicht unmöglich, daß vielleicht gerade durch die entsprechende Lösung dieses Problems eine Rettungsmöglichkeit gegeben ist.

4. Die bereits erwähnte, wenigstens zeitweise Lebensunmöglichkeit eines bisherigen Organs als selbständiges Wesen. Wir haben unsere blutbildenden Zellen verloren, unsere Ernährungsorgane; die Adern, die uns, dem Gehirne, die ernährenden Stoffe zuführten, sind unterbunden. Unsere Kornkammern sind weg, und sie lieferten schon im Kriege nicht mehr freiwillig, unsere Kohlenlager, unsere Zuckerrübenfelder sind weg, auch diejenigen, die von deutschen Bergleuten und deutschen Bauern bearbeitet werden. Da derzeit nirgends Überfluß besteht und die einheitliche Leitung aufgehört hat, geht das geringste Bedürfnis der Tschechen, Jugoslawen, Polen und Magyaren unserer Lebensnotdurft vor. Mit der einheitlichen Leitung hat das Verkehrswesen der Monarchie den größten Teil seiner Leistungsfähigkeit verloren. Trotzdem würden wir von den Nationalstaaten Waren bekommen, wenn wir mit goldwertigem Gelde zahlen könnten. Darüber hinaus besteht die Furcht, daß Deutschösterreich mit dem „Wasserkopf“ Wien in seiner bestehenden sozialen Gliederung nicht am Leben bleiben kann. Es sind angeblich zu viel Rentner, zu viel Nichtarbeitende, zu viel höhere und niedere Beamte, zu viel Angehörige der freien Berufe, zu viel Literaten und Künstler bei uns. Wären wir ein Agrarland, fähig, uns selbst zu ernähren, gleich den meisten anderen Nationalstaaten, wären wir ein Industrieland mit eigenen Rohstoffen, so könnten wir uns den geänderten Verhältnissen viel leichter anpassen. So aber entsteht die Frage: Kann die Unzahl der Überschüssigen hier Beschäftigung, neue produktive Arbeit finden? Oder wird nicht ein großer Teil unserer Bevölkerung

irgendwie verschwinden müssen, durch Auswanderung oder Tod, ehe der Rest wieder leben kann?

Ein flüchtiger Blick auf die Statistik scheint diesen Befürchtungen nicht Recht zu geben. Wohl sind von der Gesamtbevölkerung Deutschösterreichs nur 32·9 Prozent, von der Bevölkerung Niederösterreichs nur 18·18 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt gegen 49 Prozent im Durchschnitt des alten Österreichs. Aber der Überschuß arbeitet zum größten Teil in Gewerbe und Handel. Auf Industrie und Gewerbe entfallen 31·67 Prozent der deutschösterreichischen, 40·8 Prozent der niederösterreichischen Bevölkerung gegen 26·7 Prozent in ganz Altösterreich, auf Handel und Verkehr (inklusive Gast- und Schankwirtschaft) in Deutschösterreich 16·24, in Niederösterreich 22 Prozent gegen 12·5 Prozent in Altösterreich. Dagegen fallen auf öffentliche Beamte, Militärs, freie Berufe und Beruflose nur 17·7 Prozent in Deutschösterreich und 20 Prozent in Niederösterreich gegen etwa 13 Prozent in Altösterreich. Immerhin ist Industrie, Handel und Gewerbe, namentlich wenn es an eigenen Rohstoffen fehlt, wesentlich abhängiger vom Ausland als die Landwirtschaft. Auch werden viele Deutschösterreicher als Beamte, Militärs in den Nationalstaaten tätig gewesen sein und jetzt unsere unproduktive Bevölkerung vermehren. Ferner mögen viele Industriebeamte und Handelsangestellte in Wien durch den Wegfall der früheren Kronländer entbehrlich werden. Eine soziale Umschichtung wird daher auf jeden Fall notwendig sein, wenn vielleicht auch nicht in den Dimensionen, die man jetzt befürchtet. Und unser Überschuß an Intelligenz dürfte sich, wenn nur die anderen Übelstände beseitigt werden können, nach einiger Zeit schon irgendwie verwenden lassen.

5. Die soziale Unruhe. In allen Staaten hoffen die Arbeiter, daß eine messianische Zeit für sie angebrochen ist. Sie wollen die Produktion beherrschen, jedenfalls aber einen größeren Anteil an ihr erhalten als früher, mehr als das: einen höheren Reallohn, selbst wenn der Ertrag der Arbeit geringer sein sollte als früher. Sie wollen die relative Verbesserung der Position, die der Krieg ihnen gegenüber dem Mittelstand und den Intellektuellen gebracht hat, nicht wieder verlieren. Und wenn die Sozialisierung nicht gelingt, so wird es jedenfalls zu unerhört heftigen und zähen Lohnkämpfen kommen. Dies ist die Hauptsorge der glücklicheren Staaten, deren Leben gesichert ist. Auch bei uns muß das Problem gelöst werden, doch kann es bei unserer Betrachtung gegenüber den anderen akuten Schwierigkeiten außer Betracht bleiben.

*

Staatsschuld und Defizit.

Einer besonderen Erörterung muß noch der wichtigste der erwähnten Krankheitsherde, unser desperater Staatshaushalt, unterzogen werden, schon damit eine ziffernmäßige Unterlage für die positiven Vorschläge gewonnen werden kann.

Der Voranschlag für 1919/20 bilanziert mit einem Defizit von 4 Milliarden bei Ausgaben von 6·57 Milliarden Kronen. Durch Nachtragskredite dürfte sich das Defizit auf rund 8, die Ausgaben auf rund 10·5 Milliarden Kronen erhöhen. Ich sehe jedoch von diesen Nachtragskrediten ab, weil die genauen Ziffern noch nicht vorliegen und verbleibe vorläufig bei dem Defizit von 4 Milliarden Kronen.

An Ausgaben für den Staatsschuldendienst, sowohl für die deutschösterreichische als für die frühere österreichische Staatsschuld, sind in das Budget zusammen nicht einmal eine Milliarde Kronen eingestellt, eine Ziffer, die selbstverständlich weit hinter dem Erfordernis zurückbleibt, das wir auf Grund des Friedensvertrages aufzubringen haben werden. Die altöstereichische Staatsschuld ist im Budget mit 83·2 Milliarden Kronen ausgewiesen, aus vielen Gründen zu niedrig, unter anderem deshalb, weil die ausländische Schuld infolge der rapiden Verschlechterung der Valuta jetzt mit viel höheren Kronenbeträgen einzustellen ist. Von diesen 83·2 Milliarden fallen rund 30 Milliarden (inklusive der Kassenscheine) auf die Notenbankschuld, die wir — als nahezu unverzinslich — vorläufig beiseite lassen wollen. Es verbleiben 53 Milliarden, wovon 12·6 Milliarden die Vorkriegsschuld, etwas weniger als 41 Milliarden die nicht durch Notenemission bewerkstelligte Kriegsschuld repräsentieren. Nehmen wir an, daß von der Vorkriegsschuld bloß 25 Prozent = 3 Milliarden Kronen auf uns entfallen. Von der Kriegsschuld haben wir die 6 Milliarden, die nicht in Kriegsanleihe bestehen, ganz allein zu tragen; von den 35 Milliarden Kronen Kriegsanleihe werden nicht viel weniger als 20 Milliarden auf Deutschösterreicher und Altausländer entfallen. Dazu kommen 1·8 Milliarden an Rückständen auf die Heereslieferung. Macht zusammen etwas über 30 Milliarden. Die Schuld Deutschösterreichs — inklusive des Budgetdefizits pro 1919/20 per 4 Milliarden — ist im Budget auch schon mit fast 6 Milliarden Kronen eingestellt. Wie erwähnt, rechnet man damit, daß sich das laufende Defizit um 4 Milliarden erhöhen wird, und selbstverständlich wird wenigstens noch das Jahr 1920/21 gleichfalls mit einem bedeutenden Defizit enden. Der Friedensvertrag legt uns als sofortige Entschädigungspflicht binnen drei Monaten nach Ratifikation die unentgeltliche Lieferung von etwa 20.000 Stück Vieh und — binnen sechs Monaten — die Lieferung eines

Sechstels unserer verkaufsbereiten Möbelvorräte auf, die Entschädigung, die die Regierung den Lieferanten dafür zu bezahlen hat, dürfte auch nicht viel weniger als eine Milliarde betragen. Dazu kommen noch andere sofort zu leistende Kriegsentschädigungen, die Garantie, welche die Regierung für die Bezahlung der vor dem und während des Kriegs an das Ausland fällig gewordenen Schulden zu den ungünstigen Umrechnungsbedingungen übernehmen muß, die Garantie, die sie für die Agiozahlungen auf die Guthabungen der Nationalstaaten vielleicht freiwillig übernehmen müssen wird, allerlei vergessene oder unterschätzte noch nicht bezahlte Kriegsausgaben; kurzum, es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn wir die künftige deutschösterreichische Staatsschuld — ohne die Bankschuld, aber inklusive der Defizite von je 8 Milliarden Kronen für das laufende und kommende Jahr — auf etwa 50 Milliarden Kronen, und das jährliche Erfordernis für Verzinsung und Amortisation — zusammen 6·5 Prozent — mit 3·25 Milliarden Kronen berechnen. Dieses Erfordernis wäre demnach um 2·25 Milliarden Kronen größer als die derzeitige Budgetpost. Die Ausgaben würden statt 6·57 Milliarden 8·8 Milliarden, das Defizit statt 4 Milliarden 6·25 Milliarden Kronen betragen.

Bei der Erweiterung des Defizitsvorschlages auf fast 8 Milliarden Kronen dürfte wohl auf die Zinsenlast, die der Friedensvertrag uns auferlegt hat, zum größten Teil schon Bedacht genommen worden sein, wenn auch wahrscheinlich nicht ganz. Man darf annehmen, daß von dem Defizit von 8 Milliarden insgesamt etwa 2·5 Milliarden auf die Staatsschuld gerechnet wird; ist dies der Fall, so müßte man dem Defizit und den Staatsausgaben noch 0·75 Milliarden zuschlagen. Es würde das Defizit insgesamt 8·75 Milliarden, die Staatsausgaben 11·25 Milliarden betragen, wovon 3·25 Milliarden auf die Staatsschuld und 8 Milliarden auf die übrigen Ausgaben entfallen. Das sind die Ziffern, mit denen ich im folgenden rechnen will.

Dabei muß unsere Währung vollkommen deroutiert bleiben, wenn wir zur Reduktion des von uns zu übernehmenden Notenumlaufs nichts tun. Der von uns zu übernehmende inländische Notenumlauf wird nach Einlösung der Kassenscheine mindestens 10 Milliarden Kronen betragen. Die auf dem Wege der Eskomptierung von deutschösterreichischen Staatsscheinen entstandenen Noten berücksichtigen wir hiebei nicht, weil wir eben diese Schatzscheine in die zu konsolidierende deutschösterreichische Staatsschuld eingerechnet haben. Ferner sind wir auch in einem gewissen Sinne haftbar für die Riesenmenge der im Auslande (inklusive Altserbien, Altrumänien und Polen) befindlichen ungestempelten Noten. Wie wir uns diesem ausländischen

Notenbesitz gegenüber verhalten müssen, soll später abgesondert dargelegt werden. Immerhin wird auch dadurch sich unsere Schuldenlast noch erhöhen.

Da von dem obigen Defizit von 8·75 Milliarden bloß 3·25 Milliarden auf die Staatsschuld und 5·5 Milliarden auf sonstige laufende Ausgaben entfallen, könnte man sich leicht versucht fühlen, die Belastung durch die Staatsschuld auf die leichte Achsel zu nehmen und zu glauben, wir seien schon gerettet, wenn es uns nur gelänge, durch Reduktion der aus dem Krieg entstandenen ungeheuerlichen Ausgaben diese 5·5 Milliarden künftig zu eliminieren. Wie unrichtig dies ist, mag der Hinweis dartun, daß trotz der enormen Höhe der direkten und indirekten Steuern, der Gebühren, Tarife die präliminierten Einnahmen bisher nur 2·55 Milliarden Kronen betragen, daß also die Ordnung des staatlichen Schuldendienstes eine Vermehrung dieser Einnahmen um 127 Prozent erforderte.

Übrigens ist es ein Irrtum, diese 5·5 Milliarden des Defizits, die nicht aus dem Staatsschuldendienst resultieren, als leicht reduzierbar anzusehen.

Von den 3·07 Milliarden Kronen, z. B. die im Budget als soziale Ausgaben (früher „Kriegsmaßnahmen") angeführt sind, dürften nur die 169 Millionen Kronen für Kriegsgefangene und Zivilinternierte und vielleicht die 200 Millionen Kronen für verschiedene Entschädigungen relativ bald verschwinden. Die 338·5 Millionen Kronen der sozialen Verwaltung (darunter hauptsächlich die Invalidenpensionen) bilden eine dauernde Belastung des Budgets, die wahrscheinlich steigende Tendenz haben wird. Die 636 Millionen Kronen Teuerungszulagen für Staatsangestellte haben derzeit noch die Tendenz zum Steigen; ebenso die 1381 Millionen Kronen für Erleichterung der Lebensführung der Bevölkerung (hauptsächlich Brot- und Mehlzuschuß) und die 220 Millionen Kronen wirtschaftliche Aushilfen für einzelne Bevölkerungsklassen. Diese Ausgaben werden sich erst bei einer ganz wesentlichen Verbesserung unserer Valuta und Verbilligung der ausländischen Lebensmittel vermindern lassen, die Teuerungszulagen erst dann, wenn das Geld nahezu wieder seinen alten Wert erlangt hat.

Hier tritt schon das Dilemma der Geldentwertung zutage: Einerseits scheint es unmöglich, die hohe Kriegsschuld, die in entwertetem Gelde kontrahiert wurde, zu verzinsen und zurückzuzahlen, wenn nicht die Geldentwertung bestehen bleibt, die auch das Volksvermögen und das Volkseinkommen, in Kronen ausgedrückt, auf einen viel höheren Stand gebracht hat und daher sehr große Steuereingänge ermöglicht. Auf der anderen Seite gestattet aber die Geld-

entwertung keine Verminderung der Ausgaben, sondern treibt dieselben im Gegenteil immer höher hinauf. Da jedoch die Steigerung der Ausgaben infolge der Geldentwertung größer ist als das ganze Erfordernis der Staatsschuld, so scheint das Interesse des Staates an einem Wiederaufbau des Geldwertes größer zu sein als das an der Aufrechterhaltung der Geldentwertung. Dieses Verhältnis läßt sich schon damit erklären, daß die innere Geldentwertung nicht so groß ist wie die Entwertung unseres Geldes gegenüber dem Auslande; infolgedessen sind Löhne, Einkommen und Wert der Kapitalsgüter nicht so stark gestiegen wie die wirklichen Preise der unentbehrlichen Lebensmittel, die importiert werden müssen und daher vom Ausland abhängig sind. Im Krieg war es möglich, die Löhne den Preisen anzupassen, da die Preise inländischen Produzenten zugute kamen, die infolgedessen höhere Löhne bezahlen konnten. Jetzt aber leben wir von ausländischen Waren, die Preise fließen ins Ausland, unsere Unternehmer produzieren nur sehr wenig; eine entsprechende Erhöhung der Löhne auf das Niveau der Auslandspreise ist daher unmöglich. Die Ausgleichung nach oben kann sich nicht vollziehen, daher scheint die Ausgleichung nach unten anzustreben sein.

Sehen wir nun, ob es für uns eine Rettung zu bedeuten hätte, wenn es — was ja allerdings unmöglich ist — gelänge, unsere Valuta vollständig zu sanieren und das Preisniveau auf den Vorkriegsstand herunterzubringen. Nehmen wir an, es würde dadurch möglich sein, das laufende Defizit völlig zu beseitigen — ganz wird dies nicht möglich sein, die Invalidenpensionen z. B. werden auf jeden Fall bleiben; auch kann das frühere Preisniveau unmöglich erreicht werden, wenn auch nur die derzeitigen indirekten Steuern und Tarife in Kraft bleiben. Wir setzen aber als Summe aller Veränderungen den Fall, daß das Budget ausgeglichen wäre, und es nur nötig wäre, die Schuld von 50 Milliarden entweder durch eine Vermögenssteuer zu beseitigen oder das Erfordernis von 3·25 Milliarden Kronen durch neue Steuern zu decken. Vor dem Kriege wurde das Volksvermögen Österreichs auf 86, das Volkseinkommen auf 12 Milliarden Kronen geschätzt. Nehmen wir an, auf Deutschösterreich entfielen je ein Viertel, d. i. 21·5 Milliarden Kronen als Volksvermögen, 3 Milliarden Kronen als Volkseinkommen. Danach wäre das Volksvermögen kaum halb so groß als die Staatsschuld und das ganze Volkseinkommen würde nicht einmal hinreichen, um allein den Dienst der Staatsschuld zu decken, ganz abgesehen von den anderen Staatsausgaben.

Auf dem Wege der Wiederherstellung des früheren Geldwertes ist also eine Lösung unmöglich. Sehen wir nun zu, wie sich die Sache stellt, wenn die gegenwärtige Geldentwertung aufrecht bleibt. Da haben wir, wie erwähnt, ein Defizit von 8·75 Mil-

liarden zu decken oder die Staatsschuld von 50 Milliarden durch eine Vermögensabgabe zu decken und überdies 5·5 Milliarden Kronen durch neue laufende Steuern zu decken. Nehmen wir an, das Volkseinkommen und Volksvermögen sei im Durchschnitt auf das Vierfache in Kronen gestiegen. Höher dürfte die Steigerung nicht sein, wie wir schon daraus entnehmen können, daß die Aktienkurse trotz der so scharf kritisierten Haussebewegung nur in den seltensten Fällen mehr als ein Drei- bis Vierfaches der Friedenskurse darstellen. Volksvermögen und Volkseinkommen Deutschösterreichs wären dann ungefähr so hoch wie Volksvermögen und Volkseinkommen ganz Österreichs im Frieden, sie betrugen 86, bzw. 12 Milliarden Kronen. Von einem Volkseinkommen von 12 Milliarden Kronen erst die jetzt bestehenden Steuern von 2·5 Milliarden und die noch aufzubringenden Steuern von 8·75 Milliarden, d. i. also mehr als 11 Milliarden oder 90 Prozent einzuheben und für Nicht-Staatsbeamte und Nicht-Rentner bloß ein Zehntel übrig zu lassen, das geht augenscheinlich nicht. Da man die kleinen Einkommen frei lassen muß, müßte man den anderen alles wegnehmen. Ebenso wenig läßt sich auf dem Wege der Vermögensabgabe 58 Prozent des Volksvermögens wegnehmen. Denn abgesehen davon, daß ein ansehnlicher Teil dieses Volksvermögens bereits dem Staate gehört, also nicht besteuert werden kann, machen die kleinsten und kleinen Vermögen, die man nicht oder nur mit geringen Sätzen besteuern kann, in Summe so viele Milliarden aus, daß man wieder die mittleren und großen Vermögen ganz konfiszieren müßte. Und wie brächte man dann aus dem dadurch ebenfalls reduzierten Volkseinkommen — da noch ein beträchtlicher Teil der Schulden an das Ausland zu bezahlen ist — die noch fehlenden 5·5 Milliarden Kronen auf? Zumal indirekte Steuern wieder die Preise und damit die staatlichen Ausgaben neuerdings erhöhen.

Eine Lösung wäre nur dann möglich, wenn es gelänge, Preise und Löhne und damit die normalen Staatsausgaben annähernd auf das Vorkriegsniveau zu reduzieren, die Staatsschuld aber in der wiederhergestellten Währung auf einen Betrag zu reduzieren, der der Entwertung unseres Geldes gegenüber dem ausländischen entspricht, also etwa auf ein Zwanzigstel bis ein Fünfundzwanzigstel ihres gegenwärtigen Nominals, aber ohne materiellen oder formellen Bankerott. In dieser Richtung wird sich mein Vorschlag bewegen.

*

Unzulängliche Hilfsvorschläge.

Wenn die Monarchie unbesiegt oder wenn sie wenigstens unzerstückelt aus dem Krieg hervorgegangen wäre, als ein Wirtschaftsganzes, das sich zur Not selbst genügt, und das die Waren,

die es nicht selbst produziert, mit anderen Waren bezahlen könnte, die es im Überschuß erzeugt, so hätten wie die ungeheuren Lasten des Krieges in der Hauptsache wohl aus eigener Kraft abbürden können. Dann hätte allerdings der Hauptakzent unserer Tätigkeit auf der Beseitigung des Defizits liegen müssen, die Vermögensabgabe hätte so konstruiert werden können, daß aus ihrem Ergebnis die Kriegsschuld entweder zurückgezahlt oder verzinst werden konnte. Auch dazu hätten wir ausländische Kredite, aber in geringerer Höhe, gebraucht; und wir hätten sie unschwer bekommen, weil wir offenkundig zahlungsfähig gewesen wären und das Ausland ein starkes Interesse daran gehabt hätte, mit uns in regelmäßige Handelsbeziehungen zu kommen. Auch wäre unsere Valuta niemals so tief gesunken.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist aber eine Rettung aus eigener Kraft ganz unmöglich, ganz abgesehen davon, daß unsere Handlungsfähigkeit durch den Friedensvertrag wesentlich eingeschränkt ist. Wir können unser Budget nicht in Ordnung bringen, wir können das Defizit nicht beseitigen. Die Lasten, die uns drücken, sind zu groß, die Hilfsquellen, die uns zur Verfügung stehen, zu gering. Aus den direkten Steuern können wir nicht allzuviel herausschlagen, die geplanten Erhöhungen der indirekten Steuern haben weitere Preiserhöhungen und infolgedessen auch neue Staatsausgaben zur Folge. Wir können in den Inlandspreisen der Entwertung unserer Valuta im Auslande nicht nachkommen, da die große Masse der Bevölkerung diese Preise nicht bezahlen, ihr Einkommen aber nicht entsprechend erhöht werden kann. Denn es sind nicht unsere Unternehmer und nicht unsere Arbeiter, die den Nutzen aus den hohen Preisen ziehen und die daher auch eine Überwälzung der höheren Preise vertragen können, sondern der größte Teil der gezahlten Preise fließt ins Ausland, von dem wir die unentbehrlichsten Waren beziehen müssen.

Es gibt noch immer Leute, die alles von der Vermögensabgabe erwarten. Die Vermögensabgabe soll die Kriegsschulden abbürden, die Defizite tilgen und womöglich auch noch zur Sicherung ausländischer Kredite dienen. Das heißt zu viel von ihr verlangen. Unser Staatssekretär der Finanzen bereitet eine Vermögensabgabe vor, deren Ertrag er auf 8 bis 10 Milliarden Kronen schätzt. Das würde eben hinreichen, um das Defizit des laufenden Jahres zu decken. Aber auch wenn man die Vermögensabgabe anders konstruiert, mehr als 16 bis 17 Milliarden kann man unmöglich aus ihr herausschlagen; dieser Ertrag würde aber eben nur hinreichen, um neben dem Defizit von 1919 auch noch das von 1920 zu decken, das kaum viel geringer sein wird als das laufende Defizit. Unter solchen Umständen fragt es sich, ob man überhaupt zu einer solchen Abgabe schreiten soll, die tief in das Wirtschafts-

leben eingreifen und, wenn man die Sache nicht sehr geschickt behandelt, das Betriebskapital unserer Unternehmer vermindern muß. Es bliebe die gesamte Kriegsschuld, es bliebe das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben bestehen und unsere äußerste Steuerreserve wäre bereits aufgezehrt.

Auch das Projekt, eine Notenbank mit ausländischem Kapital zu gründen, die ein neues, durch Gold fundiertes, wenn auch nicht in Gold einlösliches, „Valutengeld" für den Außenhandel ausgeben soll, könnte wenig helfen. Der ganze Effekt bestünde darin, daß wir mit den 100 Millionen Francs, in welchen das Kapital dieser Bank äußerstenfalls bestehen könnte, 200 bis 300 Millionen Francs Valutanoten emittieren und mit diesem im Auslande einkaufen könnten. Aber das würde für unsere Bedürfnisse nicht genügen und da die Zahlungsbilanz für uns unter den gegenwärtigen Umständen noch sehr lange passiv bleiben wird, müssen auch diese Valutanoten sehr bald ein Disagio bekommen. Einlösbar wären sie nie, das Gold wäre bloß unfruchtbare Reklame. Wie immer man die Notenbank ausgestalten mag, sie wird uns nichts helfen und Resultate hervorbringen, die für uns sehr unerfreulich sind. Vor allem würde sie dazu beitragen, unser inländisches Kronengeld noch mehr zu entwerten und vielleicht bewirken, daß es auch im Inlande nicht mehr genommen wird. Denn der einzige Wert unseres Kronengeldes besteht eben darin, daß es das einzige inländische Geld ist, daß es im Inlandsverkehr mit keinem anderen Geld verglichen werden kann und seine Entwertung sich nur in den Warenpreisen äußert.

Auch der Ausverkauf aller unserer Unternehmungen, Banken, Fabriken, Handelsgeschäfte, Aktien an das Ausland würde uns nichts nützen. Er würde uns zu Knechten, zu Lohnsklaven des ausländischen Kapitals machen, ohne auch nur den Erlös zu bringen, den wir für die Lebensmittel eines Jahres brauchen. Denn die Preise unserer Kapitalsgüter sind der Entwertung unserer Valuta noch viel weniger gefolgt als die Preise der Waren. Man kann dies daraus ersehen, daß die Aktienkurse trotz der explosiven und gefährlichen Haussebewegung an der Wiener Börse auch jetzt noch im Durchschnitt kaum drei- bis viermal so hoch sind wie die normalen Friedenskurse.

Wir brauchen ausländische Anleihen, das ist jedermann klar. Sonst können wir Lebensmittel und Rohstoffe nicht importieren. Aber noch ist es nicht jedermann klar, daß diese ausländischen Anleihen zum Angelpunkte unserer Sanierung gemacht werden können und gemacht werden müssen. Die bisherigen kleinen Notanleihen schaden mehr als sie nützen. Die 48-Millionen-Dollaranleihe, die wir im Frühjahr erhielten, wurde rasch verbraucht. Die Lebensmittel, die wir dafür erhielten, sind längst

verzehrt. Die Regierung mußte die eingeführten Lebensmittel billiger verkaufen, als sie sie gekauft hat, also mit großem Schaden. Die dennoch verbleibenden Eingänge wurden neuerdings zu Lebensmitteleinkäufen verwendet. Nun ist nichts mehr da, nur eine neue auswärtige Schuld von 48 Millionen Dollar. Auf die Valuta hat die neue Anleihe natürlich gar nicht gewirkt. Erhalten wir nun wieder eine Anleihe von 50 Millionen Dollar, so würde der Erlös nur um so rascher nutzlos verpulvert, da die Waren auch im Auslande teuerer geworden sind, der Inlandspreis sich aber infolge der seither eingetretenen rapiden Verschlechterung der Valuta um ein Vielfaches erhöht hat. Während wir uns seinerzeit bei der Aufnahme der 48 Millionen Dollar mit etwa 1600 Millionen Kronen zu verschulden dachten, sind wir heute tatsächlich 6240 Millionen Kronen darauf schuldig.

*

Der Weg der Rettung.

Wir brauchen eine langfristige ausländische Anleihe in solcher Höhe, daß wir daraus unseren Importbedarf an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten für wenigstens ein oder anderthalb Jahre decken können, mit einem Aufschlag, der es ermöglicht, die eingekauften Waren so billig abzugeben, daß sie gekauft werden können. Aus dem verbleibenden Erlös der Anleihe hätten wir die ganze innere Schuld plus den Defiziten der Jahre 1919 und 1920 zurückzuzahlen. Wir wären dann in der Lage, unsere Wirtschaft in vollen Betrieb zu setzen, intensiv für den Export zu arbeiten, auch neue Exportbetriebe zu gründen. Dadurch, daß wir für ein bis anderthalb Jahre keine fremden Valuten brauchen, keine Kronen exportieren müßten, dagegen über unsere Exportvaluta frei verfügen könnten, würde sich der Wert unserer Valuta sprunghaft erhöhen. Wir hätten dann unsere innere Schuld in eine ausländische Schuld konvertiert, die bei den heutigen Valutakursen in Kronen ausgedrückt, allerdings einen höheren Wert repräsentiert als unsere innere Schuld, bei einer starken Besserung unserer Valuta aber eine wesentlich geringere Schuld bedeuten würde, als unsere gegenwärtige innere Schuld, so daß wir ihren Dienst verhältnismäßig leicht bestreiten könnten.

Wenn uns das Ausland, wie wahrscheinlich, einen solchen Betrag nicht ohne entsprechende Sicherheiten leihen will, so wären wir in der Lage, durch eine besondere Konstruktion der Vermögensabgabe unseren Gläubigern Sachgüter von hohem Wert, mit einem großen sichergestellten Erträgnis, als Pfand zu bieten. Während die Vermögensabgabe unmöglich auf einer Linie gleichzeitig zur

Abbürdung der inneren Schuld, zur Deckung der Defizite und zu Garantien für eine auswärtige Schuld ausreichen kann, so kann sie im vernünftigen Hintereinander, wenn sie nur zur Deckung der ausländischen Anleihe verwendet wird, die ihrerseits dazu dient, die inländische Schuld und die Defizite zu bezahlen, allen drei Aufgaben gerecht werden. So wie ein und dieselbe Wasserkraft eines Flusses im Oberlauf Mühlräder bewegen, Sägen in Tätigkeit setzen und im weiteren Laufe ein Elektrizitätswerk versorgen kann, das seinerseits Kraft und Licht in die Nähe und Ferne abgibt.

Ich habe seinerzeit, als der Dollar noch 65 Kronen wert war und unser jährlicher Importbedarf ebenso wie die Höhe unserer inneren Schuld noch auf je 40 Milliarden Kronen geschätzt wurde, die Höhe der notwendigen ausländischen Anleihe auf 700 Millionen Dollar (damals = zirka 45 Milliarden Kronen) geschätzt. Heute sind die 700 Millionen Dollar nicht mehr 45, sondern 94 Milliarden Kronen gleich. Aber im selben Verhältnis ist eben der Inlandwert unseres Importbedarfes gestiegen, im Auslande erhalten wir für die 700 Millionen Dollars nicht mehr Waren als früher. Es wird also an der Höhe der Auslandsanleihe nichts zu ändern sein, zumal auch damit zu rechnen ist, daß bald nach dem Abschluß einer solchen Anleihe unser Valutenkurs sich wesentlich bessern wird. Ich habe die Anleihe in Dollars ausgedrückt, weil der Dollar eine vollgoldwertige Währung darstellt und uns nur mit einer solchen gedient ist, ferner auch deshalb, weil wir ohne werktätige Mithilfe der Vereinigten Staaten eine solche Anleihe nicht erhalten können. Ich meine aber damit nicht, daß die Anleihe uns allein von Amerikanern gegeben werden soll. Ich weiß wohl, daß dies ohne Zustimmung der Entente nicht möglich ist, daß wir auch ohne Genehmigung der Reparationskommission unsere Vermögensabgabe nicht verpfänden können. Es wird uns sehr recht sein, wenn sich auch andere Staaten der Entente an dieser Anleihe beteiligen, und mein Petit geht dahin, daß das vereinigte Europa diese Anleihe für Deutschösterreich als ein Gebot der Menschlichkeit, als eine Aufgabe des Völkerbundes erklärt und auch auf die Kapitalisten der Vereinigten Staaten, die in ihrem eigenen Interesse den Wiederaufbau Europas finanzieren wollen, in diesem Sinne wirkt. Nur ist, wie gesagt, die höchste Eile vonnöten, wenn unsere Rettung nicht immer schwieriger werden soll.

Ich meine natürlich auch nicht, daß diese Anleihe auf jeden Fall konsumiert werden soll, auch wenn die Valutakurse sich bessern. Es soll uns nur ein Kredit bis zu diesem Maximalbetrag eingeräumt werden. Innerhalb dieses Kredits könnten z. B. die für Lebensmittelimporte zur Verfügung stehenden Beträge kontingentiert werden, während für Rohstoffe nur unser Bedarf entscheidend

sein sollte. Denn je mehr Rohstoffe wir verarbeiten, je rascher wir unsere natürlichen Hilfsquellen exploitieren, je rascher und in je höherem Grade wir wieder exportfähig werden, desto besser ist es für uns und die Welt, desto besser und sicherer wird der uns gewährte Kredit. Unsere Regierung wird einen Wirtschaftsplan ausarbeiten müssen, der es einerseits der Industrie ermöglicht, an der Rohstoffbeschaffung sachverständig und initiativ teilzunehmen, der aber doch — unter der Kontingentierung der Inlandsversorgung mit den notwendigsten Industrieprodukten — der Exportindustrie und wertvollen Investitionen, wie z. B. der Ausbeutung der Wasserkräfte, den Vorzug gibt. Wir dürfen auch beim Einkauf von Waren nicht ausschließlich an die kreditgebenden Länder gebunden werden, es darf kein kleinlicher Egoismus mitsprechen, sondern man wird uns gestatten müssen, die Waren dort zu beziehen, wo wir sie am billigsten bekommen, vor allem in den Nationalstaaten, die sofort ein anderes Gesicht aufstecken werden, wenn ihnen ausländische Valuta entgegenlacht.

700 Millionen Dollar entsprechen derzeit 91 Milliarden Kronen. Wir hätten, wenn wir aus dem Erlös der Warenimporte unsere bisherige Staatsschuld zurückzahlen, immerhin den Vorteil, daß wir nicht neben der Auslandsschuld noch mit einer inländischen Schuld belastet sind. Aber wir wären immerhin statt wie bisher dem Inland 50 Milliarden, künftig dem Ausland 91 Milliarden Kronen schuldig. Aber zur Friedensparität bedeuten 700 Millionen Dollars nur 3·5 Milliarden Kronen. Und wenn wir auch von der Wiederkehr der alten Parität nicht träumen wollen, ja, wenn diese mit Rücksicht auf die seither eingetretene Revolution in Preisen und Einkommen auch gar nicht wünschenswert wäre, so darf, so muß man doch hoffen, daß — schon allein mit Hilfe dieser Anleihe — es uns ziemlich bald gelingen wird, den Dollarkurs auf etwa 20 Kronen — gleich einem Züricher Kurs unserer Devise von zirka 26 Francs — herabzudrücken. **In diesem Falle entspräche die Schuld von 700 Millionen Dollar, die an die Stelle der 50 Milliarden Kronen-Schuld getreten ist, nur mehr 14 Milliarden Kronen.** Das ist ein Betrag, dessen Verzinsung und Rückzahlung wir uns wohl schon zutrauen dürfen. Das Allerwichtigste aber ist: Von dem Moment der erfolgten Umwandlung der inneren in eine ausländische Schuld, hat für den Staat das Dilemma der Geldentwertung zu existieren aufgehört. Alle seine Interessen liegen nunmehr in der gleichen Richtung: Sowohl als Schuldner wie als Erhalter der Beamten und Invaliden wie auch als Besteller und investierender Unternehmer hat er nur mehr das einzige Interesse, daß der Geldwert — wenn auch selbstverständlich unter Vermeidung allzu heftiger Erschütterungen — so weit und so rasch als es möglich ist, gehoben werde.

Bis zu welchem Grade die Hebung des Valutawertes für Deutschösterreich erwünscht und ersprießlich sei, ist bei uns derzeit eine sehr bestrittene Frage. Im allgemeinen neigt man der Ansicht zu, daß ein Züricher Devisenkurs von etwa 25 Francs für 100 Kronen das anzustrebende Ideal wäre, bei dessen Erreichung der definitive Übergang zu einer fremden Währung stattfinden solle. Allein dabei übersieht man, daß auch der Wert des Goldes gegenüber den Waren gesunken ist und daß auch in den Vereinigten Staaten und in Schweden — Ländern mit vollwertiger Währung — die Warenpreise auf mehr als das Doppelte des Friedensniveaus gestiegen sind. Zieht man dies in Betracht, so wird man einen Übergang der österreichischen Währung zur Francs-Währung auf Grund des Verhältnisses von 100 Kronen zu 40 Francs oder zu irgend einer anderen Währung auf dieser Vergleichsbasis nicht nur für unschädlich, sondern vielleicht sogar für das Wünschenswerteste halten. Denn angesichts des Preisstandes in den Ländern vollwertigen Geldes würde die Relation 1 : 2½ gegenüber dem vollwertigen Gelde die Wirkung haben, daß die Preise und die Einkommen in Deutschösterreich in Kronen vor der Umrechnung etwa fünfmal so hoch sein könnten als im Frieden. Und dies ist bei den Kapitalsgütern und den fixen Einkommen noch lange nicht der Fall, wenn auch die Warenpreise infolge der enormen Warenknappheit meist wesentlich höher sind. Will man freilich einen solchen Umrechnungskurs, so muß man verhüten, daß in der Zwischenzeit Löhne und Preise neuerdings beträchtlich gesteigert werden, und auch aus dieser Rücksicht ist rasche Hilfe nötig. Danach wäre also ein Züricher Kurs von 40 Francs der anzustrebende Idealkurs. Ein solcher Kurs würde einem Dollarkurs von 12½ Kronen entsprechen, und bei diesem Kurs würde die 700-Millionen-Dollar-Schuld auf 8¾ Milliarden Kronen sinken.

*

Die Vermögensabgabe.

Wie müßte die Vermögensabgabe zur Sicherung der Auslandsschuld beschaffen sein? Sie müßte — bevor man mit den Amerikanern in ernste Unterhandlungen tritt — in ihren Grundzügen ausgearbeitet sein, mit einer Präliminierung des wahrscheinlichen Erträgnisses nach Stamm und Art. Unnötig zu wiederholen, daß zuvor auch die Zustimmung der Wiedergutmachungskommission zu der Transaktion gegeben sein muß, beziehungsweise die Erklärung, daß der Ertrag der Vermögensabgabe nicht für Entschädigungszwecke in Anspruch genommen werden wird. Wichtig ist auch, daß das jährliche Erträgnis des Sicherstellungsfonds den budgetären Steuern zugerechnet werden muß,

da doch die Wiedergutmachungskommission unter anderem darauf zu sehen hat, daß wir nicht weniger an Steuern leisten als der meistbelastete Staat der Entente.

Eine Vermögensabgabe, die ausländischen Kapitalisten ein Pfand verschaffen soll, kann natürlich nur eine einmalige Abgabe sein und sie muß, so weit es möglich ist, in naturaler Form eingehoben werden. Die naturale objektive Form ist möglich bei Aktiengesellschaften, Gewerkschaften, größeren Gesellschaften m. b. H., großen Fabriken, die im Besitz von Einzelunternehmern sind, sowie beim Gebäudebesitz und beim größeren Grundbesitz. Die naturale subjektive Form ist möglich — fakultativ oder obligatorisch — beim Besitz von Wertpapieren, Gold usw. Größere Bedeutung für die ausländische Verpfändung hat nur die objektive naturale Vermögensabgabe. Die Aktiengesellschaften hätten demnach ihr Aktienkapital um einen gewissen Prozentsatz zu erhöhen, und diese neue Aktien dem Staat abzuliefern, der sie wie die sonstigen naturalen Ablieferungen einem Fonds zur Sicherstellung der ausländischen Anleihe überweist. Ich habe eine Beteiligung des Staates an den Aktiengesellschaften mit 25% vorgeschlagen. Diese Ziffer ist nicht ganz praktisch, da in diesem Fall das Kapital um 33⅓% erhöht werden müßte, so daß das erhöhte Kapital auf keinen runden Betrag lauten würde. Man könnte das Aktienkapital etwa um 40% erhöhen, was eine Vermögensabgabe von etwa mehr als 28·5% bedeuten würde. Das wäre eine Verwässerung des Aktienkapitals, die jedoch ganz ungefährlich wäre. Die bilanzmäßige Durchführung macht keine Schwierigkeiten, man kann dem neuen Aktienkapital auf der Seite der Aktiven ganz einfach die bezahlte Vermögensabgabe gegenüberstellen. Die Aktiengesellschaften werden bei dieser Form der Vermögensabgabe in ihrem Betriebe nicht im mindesten behindert, nur die Dividende für die alten Aktionäre vermindert sich um 25%, bzw. 28½% und der Kurswert der Aktien müßte entsprechend zurückgehen. Dafür hätte bei der subjektiven Besteuerung der Aktionär sein in deutsch-österreichischen Aktien bestehendes Vermögen nach Festsetzung des Steuersatzes von der Besteuerungsgrundlage abzuziehen, die Aktionäre hätten eben ihre Vermögensabgabe in dieser Form entrichtet durch die Wertverminderung ihrer Aktien. Ähnlich verhielte es sich bei den Gewerkschaften und bei den größeren Gesellschaften m. b. H. Auch Staatssekretär Dr. Reisch hat sich dem Gedanken dieser Gratisaktien schon angepaßt, nur will er es den Aktiengesellschaften überlassen, ob sie diese Form der Besteuerung wählen, was bei seiner Konstruktion als Erleichterung für die Aktiengesellschaften gedacht ist. Bei der vorliegenden Konstruktion muß natürlich diese Form obligatorisch sein. Private Besitzer großer Unternehmungen könnten verhalten werden, ihre

Unternehmungen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, unter Nachlassung aller Gründungsspesen und unter Beibehaltung der Erwerbsteuer für die nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen. Erst dann wenn sie von den Vorteilen der Aktienform Gebrauch machen wollten, indem sie einen Teil der Aktien, wenn auch nicht börsenmäßig verkaufen, wären die Gründungskosten nachzuholen und die Aktiensteuer von diesem Zeitpunkt an zu entrichten. Der private Unternehmer würde vollkommen Herr in seinem Hause bleiben, da er jederzeit über die Majorität der Aktien verfügt, in seinen Betrieben würde sich gar nichts ändern, er hätte nur einen Teil des Reingewinnes abzugeben und eine gewisse Kontrolle seiner Bilanz zuzulassen, die ja der Steuerbehörde ohnehin zukommt. Gewisse Schwierigkeiten böte nur die Kontrolle der Eröffnungsbilanz, da die Möglichkeit besteht, daß der Unternehmer verschiedene Vermögensbestandteile, die bisher dem Betrieb seines Industrieunternehmens gewidmet waren, nicht in die Aktiengesellschaft inferiert, sondern seinem sonstigen Vermögen zurechnet.

Sodann müßte der Fonds mit 25% Miteigentümer sämtlicher Zinsgebäude und aller größeren Grundstücke werden, derart, daß ihm 25% sowohl der freien Einkünfte als der Hypothekenzinsen zukäme. Ein Viertel jeder bestehenden Hypothek würde mit ihrer bisherigen Rangordnung auf den Sicherstellungsfonds umgeschrieben werden; auch der Anspruch auf 25% des dem Eigentümer verbleibenden Ertrages würde grundbücherlich eingetragen. Die privaten Hypothekargläubiger würden diese Steuer bei ihrer speziellen Fassion in Einrechnung bringen können, die Versicherungsgesellschaften bekämen das Recht, die großen Polizzen entsprechend zu kürzen; die Kürzung wird nicht sehr groß sein, da bei den meisten Versicherungsgesellschaften in der letzten Zeit der Hypothekarbesitz im Verhältnis zum Effektenbesitz relativ klein geworden ist — der Vorteil der Sicherung ihres Effektenbestandes durch die Transaktion ist für sie jedenfalls unendlich größer als der Nachteil aus der Kürzung der Hypothekenzinsen. Ähnliches gilt für die Sparkassen; auch hier wird sich ein Abwälzungsmodus finden lassen auf vermögensabgabepflichtige Einleger, welche die Kürzung der Einlage einrechnen können. Soweit gegen die Hypotheken Pfandbriefe ausgegeben sind, so würden eben die Pfandbriefzinsen entsprechend reduziert werden; da aber die Pfandbriefbesitzer in bezug auf ihre Pfandbriefe bei der subjektiven Vermögensabgabe von der Vermögensabgabe befreit blieben, könnten sie sich nicht als geschädigt erachten. Man müßte ihnen vielleicht wegen der Wichtigkeit des Pfandbriefkredits das Zugeständnis einräumen, daß sie ihr in Pfandbriefen angelegtes Vermögen von der Besteuerungsgrundlage schon vor

der Berechnung der Vermögensabgabe abziehen könnten, so daß sie dadurch in eine niedrigere Steuerklasse fallen. Kleineren Pfandbriefbesitzern, die keine subjektive Vermögensabgabe zu entrichten haben, wäre die Steuer kapitalisiert zu restituieren. Für Arbeiterversicherungsanstalten, Pensionsinstitute usw. werden besondere Vorsorgen zu treffen sein. Das ist natürlich nicht eine Essentiale meines Projekts. Die naturale Grundstück- und Gebäudesteuer kann selbstverständlich auch eine andere Form bekommen, obwohl ich diese für durchaus praktisch halte. Außer dieser objektiven Vermögensabgabe, die keine Schätzung nötig macht und relativ wenig Arbeit und Kosten verursacht, müßten dann natürlich alle Steuerträger subjektive Vermögensfassionen machen. Sie unterliegen einer subjektiven Vermögensabgabe, die abgestuft werden kann nach der Höhe des Vermögens, nach dem Alter des Vermögens (höher bei Kriegsgewinnen) und nach dem Familienstande des Steuerträgers. Bei diesen Fassionen ist abzurechnen, was schon durch die objektive Naturalabgabe erfaßt ist. Auch bei der subjektiven Vermögensabgabe ist die Naturalabstattung zu gestatten: vor allem in Kriegsanleihe, natürlich zum Emissionskurs, wenn nicht ganz zum Nominale. Ferner könnte die naturale Abstattung zugelassen werden in sonstigen Wertpapieren, in Gold und Juwelen, und zwar könnte sie einerseits vom Staate jederzeit gefordert werden zu dem Wert, den der Steuerträger in seine Bilanz eingestellt hat, anderseits vom Steuerträger unter gewissen Bedingungen angeboten werden können. Selbstverständlich müßte auch die Abzahlung dieser subjektiven Vermögensabgabe, soweit sie nicht in natura geleistet wird, in dreißigjährigen Raten gegen Annuität und Zinsen nach dem deutschen Muster gestattet werden.

Wie immer man diese Vermögensabgabe konstruiert, es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß sie einen Ertrag bringt, der dem derzeitigen Gegenwert der äußeren Anleihe, d. h. 90 Milliarden Kronen, auch nur in die Nähe kommt. So groß ist unser Vermögen nicht und es ist ja nicht einmal möglich, unsere inländische Schuld von 50 Milliarden direkt durch eine inländische Vermögensabgabe abzubürden. Es ist eine Voraussetzung dieses Planes, daß die Besserung unserer Valuta nicht als eine vage Hoffnung angesehen wird, sondern daß unsere ausländischen Gläubiger auch die Zuversicht und den Willen haben, unsere Valuta wesentlich zu heben Alle Welt hat ja ein Interesse daran, daß die desolaten Währungsverhältnisse in allen Ländern gebessert werden, daß sich die Valuten zumindest entsprechend den Preisverhältnissen ausgleichen. Der Welthandel bleibt so lange empfindlich gestört, als dies nicht der Fall ist. Die ausländischen Kapitalisten müssen sich mit einer Sicherstellung begnügen, die ihre Anleihe bei einem

Dollarkurs von 20 Kronen deckt, und dann überdeckt, wenn unsere Valuta sich darüber hinaus bessert. In diesem Falle bedarf es nur einer Sicherstellung von 14 Milliarden Kronen. Und diese Sicherstellung können wir aufbringen, freilich nicht durch eine Vermögensabgabe allein, denn von der Vermögensabgabe kommen nur die durch die objektive Naturalabgabe eingebrachten Vermögensbestandteile in Betracht, daneben vielleicht noch die durch die subjektive Naturalabgabe eingelaufenen inländischen Aktien und ausländischen Wertpapiere. Die inländischen Aktien würden dem schon vorhandenen Besitz des Fonds an den gleichen Aktien beigegeben werden. Die ausländischen Wertpapiere könnten als Sicherheiten liegen bleiben und das Erträgnis des Fonds vermehren. Sie könnten aber gleich den Juwelen und dem Gold im Ausland verkauft werden und den ausländischen Gläubigern als Rückzahlung des Kapitals zur Verminderung der Schuld angeboten werden. Die in inländischen Staatspapieren und in Geld eingebrachten Eingänge würden direkt zur Verminderung der inneren Schuld verwendet werden, so daß ein großer Teil der ausländischen Anleihe für andere Zwecke verfügbar wäre. Die ausländische Anleihe selbst würde sich dadurch nicht vermindern lassen, weil ihr Betrag von der Höhe der notwendigen Importe abhängig ist. Die naturalen Objekte allein, ein Viertel oder 28 Prozent unserer Aktiengesellschaften, ein Viertel unserer Gewerkschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, ein Viertel unseres städtischen Grundbesitzes und unseres größeren landwirtschaftlichen Besitzes werden — selbst bei den derzeitigen erhöhten Werten — wahrscheinlich keine 14 Milliarden Kronen ausmachen. Dann müßte die ausländische Sicherheit durch andere Objekte vermehrt werden, etwa durch Verkauf unseres Staatsbahnenbesitzes, der freilich kein starkes Aktivum darstellt, und durch Verpfändung gewisser staatlicher Einnahmen, vor allem irgend eines das ausländische Kapital anziehenden Monopols. Der Staat kann sich für diese ihm entgehenden Einnahmen dadurch ein Gegengewicht schaffen, daß er den Erlös der Anleihe, der über das Erfordernis der Tilgung der Schuld hinausgeht — soweit eben ein Teil der Schuld direkt aus der Vermögensabgabe getilgt würde — zu fruchtbringenden Investitionen (Wasserkräfte und Bodenameliorierung) und zur Erzielung künftiger Einnahmen verwendet.

Der Sicherstellungsfonds wird von den ausländischen Gläubigern zu verwalten sein, die die Eingänge zu kontrollieren haben werden. Soweit ihnen die Staatsbahnen oder ein Monopol, bzw. und ein Monopol überlassen werden, wird dafür eine Sonderverwaltung notwendig sein, weil diese Unternehmungen direkt von den ausländischen Gläubigern geleitet werden. Eine schwierige Frage ist es, ob man den Verwaltern des Fonds für die bei ihnen depo-

nierten deutschösterreichischen Aktien auch das Stimmrecht überlassen kann. Sie würden dadurch bei den meisten Unternehmungen einen beherrschenden Einfluß erlangen. Das wäre natürlich ein großer Anreiz für die ausländischen Gläubiger. Der Fonds wäre ein Trust, der fast die ganze deutschösterreichische Industrie kontrolliert. Für uns ist das natürlich eine gewisse Gefahr. Wenn aber die Anleihe nicht anders zu bekommen ist, werden wir auch darein einwilligen müssen. Nur müßten wir dann dafür sorgen, daß auch der deutschösterreichische Staat einen gewissen Einfluß auf die Fondsverwaltung erhält, der ihn in den Stand setzt, einen Raubbau an unserer Volkswirtschaft oder sonstige schädliche Auswertungen des ausländischen Einflusses zu verhindern.

Es ist noch zu erwähnen, daß, solange der Dollar nicht auf zwanzig Kronen gesunken ist, die Zinsen des Fonds nicht hinreichen würden, die ausländische Anleihe vollständig zu verzinsen. Es müßte in dem Vertrag abgemacht werden, daß eventuell in den ersten zwei Jahren die Zinsen gestundet werden können. Die Zahlungen wären nachzuholen, sobald die Sachlage es gestattet, d. h. sobald der Dollar auf zwanzig Kronen gesunken ist.

*

Einwände gegen den Sanierungsplan.

Ich habe außer der zweifelnden Frage, ob uns das Ausland denn wohl wirklich die geforderte Hilfe leisten werde, niemals einen wesentlich und haltbaren Einwand gegen diesen Plan in Erfahrung bringen können. Ich konnte eine gewisse Abneigung wahrnehmen gegen die naturale Form der Vermögensabgabe. Aber soweit es sich nicht um solche Personen handelt, die dem Staat überhaupt kein größeres Opfer zu bringen bereit sind, scheint mir diese Abneigung mehr historisch zu erklären. Die erste Idee zur naturalen Vermögensabgabe stammt nämlich von dem Soziologen Goldscheid, der in ihr ein Mittel zur Sozialisierung sah. Aber in diesem Falle handelt es sich eben nicht um die Sozialisierung, sondern nur um die beste, ja um die einzige mögliche Form einer wirklichen einmaligen Vermögensabgabe. Sie entzieht dem Unternehmer kein Betriebskapital, sie stört ihn in seiner Geschäftsführung gar nicht, sie erfordert keine Kreditoperationen und keine neue Inflation, ja es ist nicht einmal eine Schätzung der Vermögen nötig, die in dieser Weise erfaßt werden. Da neben den Aktiengesellschaften auch der größere Grundbesitz direkt herangezogen wird, wird das immobile Kapital gegenüber dem mobilen nicht bevorzugt.

Ein wirklicher Einwand, den ich selbst in die Diskussion eingeführt habe und der von anderen aufgenommen und übertrieben wurde, besteht in der Möglichkeit, daß schon die bloße Nachricht

von dem Zustandekommen einer so großen Anleihe unseren Valutenkurs so rapid in die Höhe bringen könnte, daß der Erlös der importierten Waren im Inlande nicht mehr hinreichen würde, um die inländische Schuld zurückzuzahlen. Sänke der Dollarkurs von 130 auf 65, so würde der Erlös von 45 Milliarden Kronen noch immer hinreichen, um fast die ganze bestehende Schuld inklusive der beiden Defizite zu bezahlen. Aber, sagt man, wer bürgt dafür, daß der Dollar nicht sofort auf 20 Kronen, ja, daß er nicht auf die Friedensparität von 5 Kronen sinkt? Es steckt soviel Spekulation und Übertreibung in dem gegenwärtigen Tiefstand unserer Valuta, der den Inlandspreisen so gar nicht entspricht, daß die Meldung der Tatsache einer wirklichen großzügigen Hilfsaktion die gleichen Übertreibungen in der umgekehrten Richtung auslösen könnte. Erkennt man selbst diese rein theoretische Spekulation an, so wäre doch der größte Teil der angestrebten Zwecke erreicht. Unser Lebensbedarf wäre für ein Jahr gesichert, unsere Wirtschaft wäre in Gang gebracht, unsere Valuta hätte sich über alle Erwartung gebessert und die Ausgaben unseres Budgets würden sich automatisch rapid vermindern. Von unserer inneren Schuld könnten wir freilich nur einen Teil zurückzahlen, aber doch mindestens das Kronenäquivalent unserer auswärtigen Schuld. Selbst wenn unsere Valuta sofort den Paristand erreichte, wäre unsere innere und äußere Schuld zusammen jedenfalls nicht größer als ohne diesen Modus unsere innere Schuld allein.

Überflüssig zu sagen, daß eine so rapide Verbesserung unserer Valuta über alle Maßen unwahrscheinlich ist. Zu der Zeit, wo die ausländische Anleihe uns gegeben werden wird — wir müssen ja hoffen, daß dies bald geschieht —, werden die Milliarden unserer Papierkronen noch immer im Ausland herumschwimmen und eine allzu starke Steigerung der Valutenkurse verhindern. Sollte dennoch die Spekulation allzu üppig in die Halme schießen, könnten wir ihr ja entgegentreten, indem wir absichtlich Kronen ins Ausland werfen. Überdies können wir Vorbereitungen treffen, um den definitiven Übergang zu einer neuen Währung zu einem bestimmten Kurse durchzuführen, sobald unsere Valuta diesen Kurs, über den wir keine Steigerung wünschen, erreicht. Es ist die Anregung gegeben worden, daß wir diese Absicht vorher enunzieren sollen. Darüber wird man reden können. Es wäre auch möglich, daß nicht sofort die ganze Höhe des Kredits, der uns zur Verfügung gestellt wird, bekanntgegeben wird. Man könnte die Öffentlichkeit nur über die erste Rate des Kredits informieren, während schon der ganze gesichert ist. Auch auf diesem Wege könnte man die Aufwärtsbewegung der Valutenkurse verlangsamen.

*

Was soll mit unseren Kronen im Auslande geschehen?

Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht versäumen, darzustellen, wie ich mir die Befreiung der Auslandsmärkte von dem dort schwimmenden Kronenmaterial vorstelle. Nach dem Friedensvertrag sind die anderen Nationalstaaten, mit Ausnahme Ungarns, von jeder Verpflichtung für die im Ausland befindlichen österreichisch-ungarischen (d. s. die ungestempelten) Kronennoten befreit, obzwar abgesehen von den früher im gemeinsamen Interesse hinausgesandten Noten auch noch nach dem Zerfall der Monarchie viele Kronen aus der Tschecho-Slowakei, aus Jugoslawien und Polen ins Ausland gegangen sein dürften. Das ist eine arge Ungerechtigkeit, die jedoch leider zum formalen Recht geworden ist. Es nützt nichts mehr, darüber zu klagen, weder uns, die wir dafür aufzukommen haben, noch den ausländischen Kronenbesitzern, denen die wertvolle Haftung der anderen Nationalstaaten entzogen ist. Die ausländischen Regierungen haben die in ihren Staaten befindlichen Kronennoten zu sammeln, provisorisch durch Zertifikate zu ersetzen und der Liquidationskommission der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu präsentieren. Diese Noten haben in der Hauptsache nur Anspruch auf jene Aktiven der Bank, die in den nicht schon von den Nationalstaaten für ihre Noten übernommenen, bei der Bank deponierten Schuldurkunden der ehemaligen österreichischen und ungarischen Regierung bestehen. Für diese Schuldurkunden haften allein der deutschösterreichische und der neumagyarische Staat. Es steht aber nirgends im Friedensvertrag, wie sich die beiden Staaten zu dieser Schuld zu verhalten haben, insbesondere heißt es nirgends, daß diese Kronen durch deutschösterreichische oder neue ungarische Kronen abzulösen sind. Da diese Verpflichtung nicht ausgesprochen ist, so wird sie die neue deutschösterreichische oder die neue ungarische Bank auch kaum freiwillig übernehmen. Die ausländischen Regierungen werden diesbezüglich mit der deutschösterreichischen und der ungarischen Regierung ein Arrangement treffen müssen, und da liegt es nahe, daß diese Noten in eine niedrig verzinsliche konsolidierte Schuld umgewandelt und aus dem Verkehr gezogen werden. Das liegt sowohl im Interesse unserer Währung als auch in dem der ausländischen Notenbesitzer. Nehmen wir an, die Verzinsung betrüge zwei Prozent und die Anleihe wäre im Laufe von 50 Jahren zu amortisieren. Freilich würde eine solche Anleihe in der ersten Hälfte der Amortisationsfrist kaum einen Kurs von mehr als 50 Prozent des Nominales haben. Da aber die Aufsaugung der Noten dem Kurse unserer Valuten sehr förderlich wäre, zögen auch die ausländischen Gläubiger einen großen Vorteil aus einer solchen Transaktion. Während jetzt

1000 Kronen nur einen Wert von 35 Franken haben, würde eine zweiprozentige Obligation auf 1000 Kronen bei einem Valutakurs von 40 Franken und einem Obligationskurs von 50 Prozent einen Wert von 200 Franken haben. Wie bereits angedeutet, darf dieser Umtausch der ausländischen Noten erst erfolgen, wenn die große Valutaanleihe abgeschlossen ist und die importierten Waren im Inland bereits verkauft sind.

*

Die Wirkung der Rettungsaktion.

Wenn wir die Anleihe unter den erwähnten Bedingungen erhalten, so sind wir für anderthalb Jahre der äußersten Not enthoben. Wir sind keine Bettler mehr, wir können arbeiten. Unsere Fabriken sind in Gang, die Ausbeutung neuer natürlicher Hilfsquellen kann beginnen. Wir werden unsere Jahresproduktion exportieren können, statt wie jetzt den letzten Rest unserer eisernen Vorräte und unsere Kapitalsgüter, die Quellen unseres Einkommens. Unsere Valuta wird einen Stand erreichen, der einen normalen Import- und Exportverkehr möglich macht. Und mit unserer Valuta wird auch die Valuta der Nationalstaaten steigen, da wir an diese Staaten gebunden sind und von ihnen mehr Waren beziehen als sie von uns. Das Umgekehrte hingegen wäre nicht der Fall. Eine große Valutaanleihe, die den Tschechen gewährt wird, würde diese noch übermütiger und schroffer machen und bloß das Disagio unserer Kronen gegenüber den tschechischen erhöhen. Dann wird es auch unschwer möglich sein, mit energischer Arbeit. durch harte Steuern und einschneidende Ersparungen das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalt herzustellen.

Aber sind wir damit gerettet? Wird es möglich sein, in diesen anderthalb Jahren soviel neue Exportindustrien zu gründen, die Ergiebigkeit unserer Landwirtschaft so sehr zu erhöhen, daß wir in Zukunft unsere Einfuhr an Kohle, sonstigen Rohstoffen, an Getreide, Futtermitteln, Zucker usw. durch die Ausfuhr von Waren bezahlen können? Ist denn Deutschösterreich in seiner heutigen Form — ohne Dezimierung der Bevölkerung Wiens — überhaupt lebensfähig? Kann es jemals zur Glattstellung seiner Zahlungsbilanz gelangen? Wird sich seine Valuta auf dem während des Aushilfsjahres erreichten Niveau dauernd behaupten können? Es gibt niemanden, der diese Frage mit Zuversicht bejahen oder verneinen könnte. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß dieser Zustand jedenfalls nicht in der kurzen Zeit von anderthalb Jahren erreicht werden kann, und daß wir auch später noch eine Zeitlang auf Entgegenkommen und Stützung angewiesen sein werden. Aber selbst wenn sich herausstellen sollte, daß Deutschösterreich in seiner heutigen Form ohne Anschluß an einen größeren Wirt-

schaftskörper überhaupt nicht lebensfähig sein sollte, so wäre doch durch die Rettungsaktion soviel gewonnen, daß der Anpassungsprozeß an die neue Form sich in einer menschlichen Art vollziehen könnte. Die Auswanderung der überschüssigen Arbeitskräfte braucht Zeit, eine forcierte Massenauswanderung würde nur den Erfolg haben, daß diese Massen im Auslande statt in der Heimat zugrundegehen; überdies ist die Auswanderung bei den heutigen Valutaverhältnissen praktisch fast unmöglich. Der Umbau der Berufsschichtung, die Intensivierung der landwirtschaftlichen Arbeit braucht Zeit. Und schließlich dürfen wir hoffen, daß, wenn es sich zeigen sollte, daß wir in unserer Isolierung nicht bestehen können, eine ersprießliche Verbindung mit den Nationalstaaten aber nicht möglich ist, der Anschluß an Deutschland uns vom Völkerbund nicht länger verweigert werden wird. Der Dienst der ausländischen Anleihe wäre aber durch die bestellten Pfänder auf jeden Fall gesichert, er könnte nur durch einen allzu tiefen Valutenstand vorübergehend gefährdet werden.

* *
*

Es gibt also einen Weg, Österreich vom Untergang zu retten. Werdet Ihr ihn betreten, Ihr Herren der Welt? Kaum scheint es erlaubt, daran zu zweifeln. Liest man doch, noch wild von der Wut des Kampfes, die feindlichen Verwundeten auf, um sie zu heilen, und Ihr solltet, ein Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten, Euere durch Euch niedergeworfenen erschöpften Gegner dem Hungertod überlassen, ja vielleicht durch „nettoyeurs" oder wirtschaftliche Marodeure ihr Schicksal noch beschleunigen?

Was sollte Euch dazu veranlassen? Die krasseste Selbstsucht? Fürchtet Ihr, daß die amerikanische Golddecke zu knapp ist, um alle Kreditbedürfnisse zu befriedigen, so daß Ihr keine Ansprüche außer Eueren eigenen zulassen wollt? Aber Ihr wißt, die Decke ist groß genug, und man muß zunächst die erwärmen, die vor dem Erfrieren stehen.

Vielleicht glaubt Ihr auch nicht an die Größe unserer Not. Vielleicht haltet Ihr die telegraphischen Notsignale unserer Regierung für einen Bluff, geboren aus dem Bemühen, die eigene Unfähigkeit zu bemänteln. Vielleicht tragen die Berichte Euerer Missionen und Delegierten einiges dazu bei, um Euch in dieser Meinung, die für Euch nicht unbequem ist, zu befestigen. Gewiß, Euere Delegierten spüren wenig von unserer Not. Die Bezüge, die sie in fremder Valuta empfangen, machen sie zu Krösussen in unserem Lande. Unsere Hochfinanz, die alte und die neue, umdrängt sie und zieht sie in ihre Zirkel. Dort allerdings gibt es keine Not und keine Entbehrungen. Aber laßt es Euch von mir sagen, der ich nicht zu den schlechtestbezahlten geistigen Arbeitern gehöre: Hier lebt ein Volk in wirklicher Not. Außer den Ganz-Reichen und den Schiebern, vielleicht auch einigen wenigen manuellen Arbeitern, leidet alles. Wir arbeiten frierend in nicht oder schlechtgeheizten Räumen, wir gehen in mangelhaftem Schuhwerk durch den Schnee oder die Nässe der Straßen. Unser Einkommen reicht gerade, um unsern Körper in unterernährtem Zustand zu erhalten. Für Kulturbedürfnisse bleibt wenig übrig, für Kleidung und Wäsche nichts. Die Nerven unserer Hausfrauen sind durch die Sorgen, durch die Mühe und den Verdruß, die mit der Lebensmittelbeschaffung verbunden sind, verbraucht; viel neue Stöße würden sie kaum aushalten. Eine allgemeine Freudlosigkeit hat sich der Gemüter be-

mächtigt, man beginnt fast mit Sehnsucht sogar an die Zeiten der letzten Kriegsnot zu denken. Wenn es sich ereignen sollte — und bei längerem Ausbleiben ausländischer Hilfe wäre dies nicht zu vermeiden —, daß unsere Inlandspreise sich der Valutaparität anpassen, so würde die Hungerkrise akut. Dann wäre das Monatseinkommen eines Ministers — zirka 3000 Kronen — etwa gleichwertig einem Einkommen von 100 schweizerischen Francs, und wie man derzeit in der Schweiz mit 100 Francs leben kann, dürfte Euch nicht unbekannt sein. Eine Überwälzung der Valutaentwertung auf die meisten Löhne und die Gehalte der Fixangestellten ist unmöglich. Niemand könnte die Löhne und Gehalte bezahlen, denn die meisten Gewinne gehen ja ins Ausland. Dabei spreche ich nur von den Verhältnissen, in denen ich lebe und die ich kenne, von den Armen und Ärmsten, von Kindern, Studenten und entlassenen Offizieren rede ich nicht.

Aber es geht mir nicht darum, Euer Mitleid wachzurufen. Wir wollen keine Almosen und mit Almosen wird niemandem geholfen. Es handelt sich auch nicht um unsere Existenz allein, es handelt sich um Eueren eigenen Vorteil, um den Frieden und die Ruhe der Welt.

Ich will auch nicht unter falscher Flagge segeln. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die der Ansicht sind, daß Österreich-Ungarn ein besonderes Verschulden an dem Ausbruch dieses Krieges trifft. Ich war von Anfang an der Ansicht, daß es sich um eine Elementarkatastrophe handelte, die nur von der höchsten Weisheit abzuwenden gewesen wäre. Und da diese höchste Weisheit nirgends vorhanden war, sahen wir uns genötigt, einen Verteidigungskrieg angriffsweise zu führen. In dieser Überzeugung hat mich nichts erschüttert, weder irgend ein Erlebnis im Schützengraben noch auch der traurige Ausgang, den der Krieg für uns genommen hat. Aber diese Überzeugung von der relativen Gerechtigkeit unserer Sache war mit keinem Hasse gegen die Feinde verbunden. Ich habe während des Krieges die Menschen bei uns und bei Euch nach der Energie und der Opferbereitschaft gewertet, mit der sie die Sache ihres Landes zur eigenen Sache machten. Viele gingen bei uns in sogenannter Objektivität noch weiter, sie bewunderten die Kraft bei den Gegnern, verurteilten sie bei uns. Es war kein Haß bei uns gegen die Feinde vorhanden, fast möchte man sagen: leider. Die blinde Ungerechtigkeit der Franzosen, die Selbstgerechtigkeit der Engländer ging mir wohl allmählich auf die Nerven. Mit Schmerz sah ich, wie die schönen Theorien Wilsons meinen Leuten vollends die Köpfe verdrehten. Euer Verhalten bei den Friedensverhandlungen, die rücksichtslose Ausnützung Euerer Macht, erweckte bei uns allen, bei den Getäuschten und den Nicht-Getäuschten, die heftigste Empörung. Aber es gab noch immer

keinen Haß. Jetzt aber beginnt der Haß langsam zu wachsen. Und wenn Ihr uns verkommen ließet in dieser Not, in die Ihr uns durch den Friedensvertrag geworfen habt, wenn Ihr uns untergehen ließet in diesem Meer von Verzweiflung, etwa nur dann und wann einen Ertrinkenden beim Schopfe fassend, um die Qual des Sterbens zu verlängern: so würden die Übrigbleibenden nicht mehr die alten geduldigen Deutschösterreicher sein. Das überlebende Geschlecht würde von dem tiefsten, erbittertsten Haß gegen die „Kulturnationen" erfüllt sein. Es erübrigt sich jede Prophezeihung, zu welchen Handlungen unsere Verzweiflung uns führen würde. Ob wir zum Bolschewismus gelangten oder zu einer einfachen, für Euch vorläufig unschädlichen Anarchie, das läßt sich nicht voraussagen. Fast zweifellos ist, daß wir in unserer höchsten Not den Versuch machen würden, uns Deutschland an den Hals zu werfen, uns an seine Versorgungswirtschaft anzuschließen, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Dieser Versuch wird Euch freilich nicht erschrecken. Ihr habt die Macht, ihn im Keim zu ersticken. Ein Wink von Euch, und Deutschland kann nicht wagen, uns aufzunehmen. Gegen den Versuch eines bolschewistischen Regimes stünden Euch die Truppen der an uns grenzenden Nationen zur Verfügung. Ihr könnt die Tschechen, Ihr könnt die Ungarn gegen uns hetzen. Aber das würde uns nicht mehr berühren. Nationale Fremdherrschaft wäre gerade noch der letzte Sporn, den wir brauchen, um völlig zu erwachen. Wir würden die Mazedonier Mitteleuropas werden, der erregende Teil der deutschen Nation. Ob die Tschechen, ob die Ungarn uns schlucken würden: verdauen würden sie uns nicht.

Es ist auch nicht so gemeint, als ob wir für Euere Hilfe unsere heiligen Rechte verkaufen wollten. Auch Dankbarkeit versprechen wir Euch nicht, es gibt keine Dankbarkeit in der Politik, wie die Tschechen und Polen erwiesen haben. Aber es gibt eine Folgerichtigkeit in den Dingen. Wenn Ihr uns so weit helft, daß wir uns wieder selbst helfen können — und das ist nur auf dem angezeigten Wege möglich —, wenn Ihr uns den Rückfall in barbarische Zustände erspart, so schweigt der Haß, so bleibt unser Volk, wie es ist. Es wird die übernommenen Verpflichtungen erfüllen, es wird eine friedliche Evolution der gewaltsamen vorziehen. Der ökonomische Einfluß wird Euch auch politischen Einfluß sichern, der, wenn Ihr ihn nicht übermäßig ausnützt, nur langsam auszuschalten sein wird. Das Schicksal Mitteleuropas liegt nach so viel Fehlgriffen noch immer in Euerer Hand. Seid selbst „Wiedergutmachungskommission"! Macht durch schleunige Hilfe einen Teil des Übels gut, das Euer Friede über unser Land brachte!

---

3 0112 061783418